

Erfahrungen und Erkenntnisse, die für die Preisgestaltung bestimmend sein werden

Preisbildung - einst und jetzt

Von Wilhelm Fuhrmann, Berlin

Im Warenaustausch ist der Preis die Gegen- gabe, die zur Erlangung eines Gutes notwendig ist. Diese Gegengabe kann sowohl in einer Leistung, einer Arbeit, aber auch — wie im Kaufver- kehr — aus einer anderen Ware bestehen. In der Geld- wirtschaft bildet die Summe des zu zahlenden Geldes den Preis des erlangten Gutes.

Selbstverständlich will beim Tausch bzw. Verkauf und Kauf jede der beteiligten Parteien gewinnen und keine verlieren. Es werden sich also — theo- retisch gesehen — zwei Grenzen bilden, über oder unter die der Preis nicht steigt bzw. sinkt. Der Käufer bestimmt die obere Grenze durch seine Wert- einschätzung des betreffenden Gegenstandes, während der Verkäufer die untere Grenze mit dem Wert, den er der Ware beimißt, hält.

Doch wie gesagt, ist diese Betrachtung allgemein gesehen — insbesondere aber im Hinblick auf die so überaus leichtverderblichen Erzeugnisse des Garten- baues — theoretisch. Sehr oft liegt die Wert- einschätzung des Käufers weit unter der des Ver- käufers und auch unter dem tatsächlichen Wert des betreffenden Gegenstandes. Eine leichtverderbliche Ware, die in überstarkem Maße angeboten wird, die Nachfrage also weit übersteigt, wird niemals — auch nicht durch autoritäre Preisfestsetzung — ihren natürlichen oder gerechten Preis erzielen. Ist die normale Nachfrage gedeckt, so kann zwar durch geeignete Werbemaßnahmen der Bedarf und damit die Nachfrage ausgeweitet werden, der Preis, auch der gerechte, wird jedoch selten oder nie zu halten sein.

Das Grundgesetz „Angebot und Nachfrage“ be- stimmen den Preis — ist somit richtig und hat auch heute seine Gültigkeit nicht verloren. Allerdings haben sich die Voraussetzungen und damit auch die Auswirkungen geändert.

Die Beweglichkeit des Preises

Die freie Wirtschaft — es gibt nichts Verlogene- res als gerade dieses Wirtschaftssystem „frei“ zu nennen — kannte lediglich das Einzelwesen und dessen persönliches Wohlergehen. Ein jeder ver- suchte, nach Können und Veranlagung, ohne jede Rücksicht auf das Volksganze, aus jeder sich bieten- den Chance für sich das Höchstmögliche herauszu- schaffen. Die Summe der Verhaltensweisen der Einzelglieder bildete die Wirtschaftsauffassung der Gesamtheit, also des Volkes. In kraftem Egois- mus, in wilder Raffgier, vergaß man, daß — auf die Dauer gesehen — es dem einzelnen in einer Gesamtheit nur gut gehen kann, wenn es der Ge- samtheit gut geht. Man sagte also zwar nicht den Akt auf dem man sah, dafür aber langsam und sicher den ganzen Baum ab.

Die Wirtschaft und damit auch die Preisbildung waren also „frei“. Ein jeder wie es ihm lustig war. Zwar war auch eine gewisse Grenze nach oben gesetzt, wurde diese überschritten, so sprach man von Wucher. Doch auch hierin war man recht weitberzig. Billig einkaufen, höchstmöglich ver- kaufen, war die Parole. Man arbeitete damals mit automatischer Geseh- mäßigkeit. War eine Ware knapp, so stieg der Preis ohne jede Rücksicht auf die Kaufkraft des Volkes; war die Ware wirklich vorhanden, so fiel der Preis ins Uferlose oder die Ware konnte überhaupt nicht abgesetzt und mußte vernichtet werden. Mittelpunkt des wirtschaftlichen Denkens war die Verteilung, nicht die Produktion.

Auch wurde übersehen, daß hinter allen wirt- schaftlichen Prozessen letzten Endes immer der Mensch als entscheidendes Wesen steht. Das wollte sich damals so aus, daß Einzelpersonen oder kleine Gruppen die gesamte Erzeugung eines hapel- fähigen Gutes auskauten, im künstliche Verknüp- pungen herbeizurufen. Ein automatisches Hoch- schenken der Preise war die Folge und es hatte sich wieder einmal ein Grüppchen auf Kosten der Gesamtheit bereichert.

Doch war auch der umgekehrte Fall nicht selten. Der einzelne witterte bei der Verknappung irgend- eines Artikels Konjunktur. Die Gesamtlage war ihm meist unbekannt. Die Erzeugung dieses Artikels wurde verdoppelt, verdreifacht. Wie er, hatten viele gedacht und Schwemmen, niedrige Preise, gar oft Vernichtung der Waren waren die Folge.

Auf die furchtbaren Auswirkungen der deutschen Handelspolitik von 1871 bis 1933 auf die deutsche Landwirtschaft im einzelnen einzugehen, erübrigt sich. Sie sind fast allgemein bekannt.

Diese Handelspolitik zeigt besonders kraß die aus- rein egoistischen Motive betriebene Bereicherung eines Volksteils auf Kosten des anderen. Fast alle Handelsverträge wurden in dieser Zeit auf Basis der gegenseitigen Unbedingten und unbeschränkten Preisbegünstigung geschlossen. Die überlegene kon- kurrenzfähige deutsche Industrie begünstigte diese Verträge, während die in ihrer Erzeugungstätigkeit stark beschränkte deutsche Landwirtschaft sich — allerdings erfolglos — abfinden verhielt. Die Industrie nahm vor dem Kriege einen ungeheuren Aufschwung, die Landwirtschaft dagegen sah sich schloß den großen Einfuhren billiger landwirt- schaftlicher Güter ausgeliefert.

Neuformung der Wirtschaft

Mit all diesen Mächtigkeiten und ihren furcht- baren Auswirkungen hat der Nationalsozialismus aufgeräumt.

Die landwirtschaftliche Marktregelung hat die Er- zeuger bis zum Höchstmöglichen Grade von den Schwankungen des Weltmarktes unabhängig gemacht.

Eine sich ergänzende Devisen- und Handelspolitik führte im Jahre 1934 zur Einführung des joga- nannten „neuen Planes“. Auf Grund dieses Planes wird heute vom Ausland nicht mehr ge- kauft als bezahlt werden kann und vor allem das, was dringend benötigt wird. Das Reichserb- geseß schützt den deutschen Bauernhof vor Über- schuldung und Zerschütterung. Der Grund und Boden ist nicht mehr wie früher, Handels- und Spekulationsobjekt, sondern seiner ursprünglichen Bestimmung — Ernährer des Volkes — sein — zugeführt worden. Die landwirtschaftliche Markt- ordnung sorgt durch Anbauverteilung und ordnungs- mäßige Verteilung für eine möglichst gleichmäßige Versorgung des Verbrauchers zu tragbaren Preisen.

Hier ist notwendig, noch einmal auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage zurückzukommen. Die Gesehmäßigkeit des liberalistischen Wirtschaftssystems war automatisch, die des nationalsozialisti- schen ist geplant. Das Volksganze, die Gemein- schaft diktiert heute die Haltung und Auffassung, auch die wirtschaftliche, des Einzelnen.

Durch Lenkung der Privatinitiative des Anbie- tenden durch die Staatsführung ergibt sich ein aus- gegleichenes geregeltes Angebot, durch Schulung und Lenkung der Nachfragenden eine geregelte Nach- frage und hierdurch letzten Endes ein geregelter stetiger Preis.

Erstellung gerechter Preise

Nun ist auf dieser Erde nichts vollkommen. Jede Planung wird daher Lücken und Schönheitsfehler aufweisen, die um so größer sein werden, als man, z. B. in der Landwirtschaft, noch stärker aber im Gartenbau, mit Faktoren arbeiten und planen muß, die vorher völlig unbekannt sind.

Ein Plan ist nur durchzuführen und zu verwirk- lichen, wenn die Menschen, die ihn praktisch durch- zuführen haben, begreifen, daß die Durchführung notwendig ist. Hier liegt noch, oder besser gesagt, schon wieder, vieles im Argen.

Der Erzeuger hat die früheren Glendpreise, der Handel das hohe Risiko und die damit verbundenen Verluste vergessen. Der Verbraucher klagt, wenn auf Grund geringer Ernten oder sonstiger Um- stände weniger Zwetschen und Äpfel oder Zwiebeln am Markt sind oder einmal die Äpfelstiefen fehlen.

Es ist gut, daß der Mensch trübe und schwere Zeiten schneller vergißt als glückliche, besser ist je- doch, sich ab und zu solcher Monate und Jahre zu erinnern, um der Gegenwart gerecht zu werden.

Eine der Hauptaufgaben nationalsozialistischer Agrarpolitik nach dem Umbruch war es, den ge- fährdeten Erzeugerbetrieben zunächst wieder den no- twendigen Halt zur Erfüllung ihrer volkswirtschaft- lichen Aufgaben durch Einräumung gerechter Preise zu geben. Die Marktordnung hat das fröhe ge- tan, um dieses Ziel in den letzten Jahren zu ver- wirklichen.

Zu Beginn arbeitete der Gartenbau wie die land- wirtschaftliche Marktregelung, wenn eben möglich, mit Festpreisen. Nun trifft aber der Grundgedanke des Reichsnährstandes, daß Jahre mit geringen Ernten durch Jahre mit guten Ernten auszugleichen sind, für den Gartenbau nur bedingt zu. Die Mehrzahl der gartenbaulichen Betriebe sind Mittel- und Kleinbetriebe, die anfallenden Erzeugnisse, bis auf wenige, nicht oder nur gering lagerfähig und le- sten Endes sind die Ernteschwankungen überaus groß. Der preisliche Ausgleich muß daher schon innerhalb eines Jahres gegeben werden.

Die Hauptvereinigung der Deutschen Gartenbau- wirtschaft ist aus diesem Grunde für die meisten Erzeugnisse schon frühzeitig zu Rahmenpreisen übergegangen. Man darf ferner nicht mit geschlos- senen Augen daran vorbeigehen, daß der Kosten- aufwand des Erzeugers zur Aufrechterhaltung seines Betriebes erheblich gestiegen ist. Es war daher notwendig, die Erzeugerpreise zu erhöhen, selbstverständlich, ohne eine Steigerung der Ver- braucherpreise herbeizuführen. Um beiden Not- wendigkeiten gerecht zu werden, kann diese Maß- nahme nur durch Verringerung der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen durch- geführt werden.

Eine Spannenfestsetzung und Spannenregelung wurde durch die Hauptvereinigung und den Herrn Reichskommissar für die Preisbildung in den Jahren 1937 und 1938 bereits vorgenommen. Wei- tere Verbandsmaßnahmen sind erst dann mög- lich, wenn die von der Hauptvereinigung seit Jahren geforderte Berufsvereinigung des Ver- teilersektors durchgeführt werden kann und eine Konzentration der Umsätze auf die wirklich fachlich- tüchtigen und leistungsfähigen Firmen erfolgt.

Voraussetzungen für den gesicherten Absatz von Obst und Gemüse

Sortierung und Verpackung

Sicherung des gerechten Preises und Sicherung des Absatzes der erzeugten Produkte unter weit- gehender Entlastung des Erzeugers von der händ- lischen Betätigung gehören zu den Grundvor- aussetzungen der Marktordnung. An dieser Stelle greift der Reichsnährstand in die vor dem Umbruch üblichen Absatzwege des deutschen Bauern ein, um den hierbei am stärksten zutage tretenden Mängeln Einhalt bieten zu können. Voraussetzung zur Erzielung des gerechten Preises ebenso wie zur Sicherung des Absatzes im allgemeinen ist jedoch die einheitliche Aufbereitung der an den Markt gelangenden Ware. Man mußte sich jedoch davor hüten, landwirtschaftliche Produkte, und hierbei vornehmlich die von uns vertretenen Erzeugnisse Obst und Gemüse, in Anlehnung an die gewerb- liche Wirtschaft in starre Normen pressen zu wollen. Was dort unbedingt möglich und richtig ist, wäre hierbei grundsätzlich falsch. So waren auch die ursprünglichen Ansätze einer Sortenvereinigung durch Aufstellung von Reichseinheitsfortimenten mit der Herausstellung von 4 oder 5 Sorten sehr bald zum Scheitern verurteilt. Auch das Verlangen nach Standardisierung der einzelnen Erzeugnisse konnte sich nicht durchsetzen. Der in der Praxis arbeitende Anbauer hatte naturgemäß hierfür keinerlei Ver- ständnis und lehnte derartige Vorschläge ab. Er sagte sich mit Recht, was man mit Erfolg bei Schrauben und Nägeln durchführen kann, ist noch lange nicht anwendbar auf die Erzeugnisse, die die Natur hervorbringt.

Erst nachdem durch den Reichsnährstand die häuerliche Selbstverwaltung ihre Geschichte in die eigene Hand nahm, war es möglich, Bestimmungen zu schaffen, die, ohne unsere Erzeugnisse in starre Normen zu pressen, dennoch eine bedeutende Besserung der Güte ermöglichten. Die unbedingte Notwendig- keit hierzu war gerade in den letzten Jahren der

Nur auf diesem Wege ist es möglich, den schein- baren Gegensatz für die Spannenherabsetzung und ausreichende Bezahlung für die Warenvermittlung auszulösen.

Eine mehr oder minder autoritäre Preisbildung ist auf dem Gartenbauvektor nur möglich, wenn man den klaren und natürlichen Weg vom Erzeuger über die einzelnen Handelsstufen bis zum Ver- braucher geht. Die Preisbildung muß — wie das jetzt ja auch fast überall geschieht — beim Erzeuger bzw. der ihn vertretenden Bezirksabgabestelle er- folgen, unter gleichzeitiger Verbandsvereinbarung der folgenden Handelsstufen.

Nur so ist es möglich, dem einzelnen Erzeuger seine erhöhten Aufwendungen bei Lieferung von Qualitätsware zu entgelten, dem Handel die Pri- vatinitiative zu erhalten und letzten Endes den Verbraucher mit Ware zu beliefern, die ihrer tat- sächlichen Beschaffenheit nach entsprechend preislich gestaffelt ist.

Erkenntnisse der lehtjährigen Mähernte

Die schlechte Ernte des letzten Jahres zeitigte Maßnahmen, die fast immer zu Absatz- oder Ver- sorgungs-schwierigkeiten führten. Der Herr Reichs- kommissar für die Preisbildung hat selbst diese Maßnahmen als Notmaßnahmen bezeichnet, die zwar geeignet sind, in Zeiten harter Verknappung die überhöhten Forderungen unrealer Elemente einzudämmen, doch niemals als normale Wege der Preisbildung, — zumindest nicht auf dem Garten- bauvektor —, mit seiner Vielzahl unterschiedlicher Erzeugnisse gelten können. Ein schwieriges Kapitel ist die Abgeltung des bei der Lagerung von Garten- bauzeugnissen entstehenden Schwund und Verderbs.

Diese Abgeltung wurde bisher unterschiedlich ge- handhabt. Sie erfolgte entweder durch Gewährung fester Kosten oder in Form eines bestimmten prozen- tualen Aufschlages. Wie viel gewährt und zu wel- chen Zeitpunkten ein Lagerkostenzuschlag gegeben wurde, war jedoch bis zum Zeitpunkt der Ver- öffentlichung unbekannt.

Diese Handhabung führte zu erheblichen Unge- rechtigkeiten.

Ein Lagerhalter lagerte z. B. Äpfel der Sorte „Rote Sternenecke“ ein. Die Äpfel lagern, an- genommen bis zum 5. November, obwohl eine frühere Auslagerung notwendig gewesen wäre, da der Äpfel sich auf Grund der lehtjährigen Wachs- tumsbedingungen schlecht hält. Der Lagerhalter wartet jedoch, um nicht zu hohe Verluste zu haben, auf einen Lagerkostenzuschlag. Obwohl dieser noch nicht gegeben ist, entschließt er sich, die Äpfel zu verkaufen, da die Verluste von Tag zu Tag größer werden. Einen Entgelt für die Lagerung und die entstandenen Verluste erhält er nicht. Wenige Tage danach wird ein Lagerkostenzuschlag gewährt und dem Käufer dieser Partie fällt mühe- und ver- lustlos ein zusätzlicher Verdienst zu, während der Lagerhalter leer ausgeht.

Aber auch im Hinblick auf eine gleichmäßige Ver- sorgung ist die bisherige Handhabung unrichtig. Bei Gewährung eines Lagerkostenzuschlages werden erhebliche Mengen ausgelagert, während in den fol- genden Wochen die Marktlage sich mehr und mehr nachläßt. Die Belieferung der Verbrauchsstellen ist daher recht ungleichmäßig.

Diese Mängel wären leicht zu beseitigen, würde man je nach w e i s s a r e r Lagerweise einen er- zeugungsmäßig die Kosten deckenden Prozentsatz vor Beginn der Lagerung festsetzen und bekanntgeben. Diese wöchentliche Abgeltung muß prozentual und nicht in einem festen Betrage gegeben werden, da die Verluste an Schwund und Verderb bei Partien mit unterschiedlichen Einstandspreisen ent- stehen.

Offentlich bringt das Jahr 1939 eine ent- sprechende Neuordnung.

Zu spät, Herr Präsident

Roosevelts Illusionen auf eine neue Hungerblockade

Der amerikanische Präsident Roosevelt erklärte in seiner Kongressbotschaft, daß die Vereinigten Staaten den demokratischen Ländern in ihrem Kampf gegen die „Diktatoren“ mit allen Mitteln, die nicht unbedingt Krieg bedeuten, helfen müßten. Senator Pittman hat dann die nähere Erklärung hierzu gegeben, was unter „nicht unbedingt Krieg“ zu verstehen sei, indem er erklärte, „warum einen Mann erschießen, wenn man ihn zu Tode hungern lassen“! Roosevelt, der sich zum Vorkämpfer der internationalen Kriegstreiber gemacht hat, macht sich damit zugleich auch die feige Kampfweise dieses Judenklüngels zu eigen, die darin besteht, daß man einen Gegner, den man militärisch nicht niederkriegen kann, zur Strecke bringt, indem man seine Frauen und Kinder aushungert. Wenn man seine Frauen und Kinder aushungert, wenn es nach Roosevelt ginge, würde sich also jetzt das- selbe noch einmal wiederholen, was im Weltkrieg und noch im ersten Jahre des auf diesen folgenden Friedens Lloyd George bereits einmal, und da- mal mit Erfolg, am deutschen Volke verbrochen hat. Herr Roosevelt irrt aber, wenn er glaubt, daß dies heute noch einmal möglich sei. Heute, Herr Präsident, kommen Sie mit Ihren Illusionen auf eine Hungerblockade zu spät!

Wir wissen seit dem letzten Reichsparteitag aus dem Munde des Führers selbst und aus dem Reichsrichtersbericht, den der Reichsernährungs- minister erlittete, daß man Deutschland heute durch Hunger nicht mehr in die Knie zwingen kann. Der deutsche Bauer ist dem Rufe des Reichsbauern- führers H. Walthers Darre im Herbst 1934 zur Erzeugungsschlacht bereitwillig gefolgt. Er hat ohne jede Rücksicht auf sich selbst alles eingesetzt, um die Nahrungsfreiheit zu erringen. Damit dieses heroischen Einsatzes unseres Volkes nicht in Deut- schland heute in seiner Ernährungswirtschaft zu weit, daß ihm die Grundnahrungsmittel nie fehlen werden. Wenn noch nicht alle Sonderwünsche zu jeder Zeit befriedigt werden können, so ist das dabei ganz unerheblich. Wichtig und ausschlaggebend einzig und allein ist, daß auch das Geknecht des Hungers, das uns die „christlichen“ Demokratien gar zu gern auf den Hals heben wollen, an den Grenzen Deutschlands haltmachen muß, weil wir durchaus in der Lage sind, uns im Notfall auf Jahre hinaus je „sit zu erhalten. Allein die Tat- sache aber, daß auch heute noch unsere Gegner Hoffnungen auf eine Blockade setzen, zeigt uns, wie wichtig es ist, daß alles getan wird, um unsere Landwirtschaft und den Gartenbau leistungsfähig zu erhalten und immer noch leistungsfähiger zu machen.

Durch die vorliegenden Sortierungsbestimmungen sind klare Grenzen gezogen worden zwischen den Erzeugnissen, die ohne Gefahr des Verderbs einen weiteren Transport nach den Hauptverbrauchs- plätzen überleben können und solchen, die wegen ihrer Beschaffenheit auf kürzestem Wege dem Ver- brauch bzw. der be- und verarbeitenden Industrie zugeführt werden müssen. Aber auch für den nor- malen Fernverkehr ist die gleichmäßige Waren- güte erste Vorbedingung, wenn nicht Beamstandun- gen und Mängelrügen in ungeheurer Ausmaß ausgeübt werden sollen. Die im Zusammenhang mit den Preisbildungsstellen und Preisüberwachungs- stellen für die einzelnen Erzeugnisse festgelegten Preise müssen gleichfalls auf einer einheitlichen Warengüte innerhalb des gesamten Reichsgebietes fußen, da sonst ein unübersehbarer Wirrwarr in der Preisbildung eintreten würde.

Nur durch diese Maßnahmen war es auch mög- lich, eine Vorratswirtschaft zu treiben, bei der die Verluste auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden konnten. Noch vor wenigen Jahren erlitten es unmöglich, deutsche Waren, deren Entgelt im Herbst liegt, durch Kühlung bis weit in die Frühjahrsmonate hinein haltbar machen zu könn- en, da die durch schlechte Sortierung und Ver- packung auftretenden Verluste jede Rentabilität der Vorratshaltung zunichte machten. Während in der vergangenen Zeit die überschüssige deutsche Er- zeugung auf den Feldern und in den Plantagen verderben mußte, weil ein sofortiger Absatz prak- tisch nicht möglich war, macht uns heute die Lage- rung, die durchaus noch weiter ausbaufähig ist, zum großen Teil unabhängig von der Auslands- einfuhr. Die uns zur Verfügung stehenden Devisen können heute für die Erzeugnisse verwen- det werden, die im Inland nicht selbst produziert werden können, vom Verbraucher aber verlangt werden, während sie früher in erheblichem Maße für dieselben Erzeugnisse angegeben wurden, die bei uns dem Verderb anheimfallen mußten.

Durch die am 13. 10. 1938 veröffentlichte Be- kanntmachung Nr. 1638 betr. Abgeltung von Ver- packungsmaterial wurde endlich ein Zustand ge- regelt, der bisher als äußerst hemmend für die Verwendung des in den Reichseinheitsvorschriften für die Sortierung und Verpackung von Obst und Gemüse vorgeschriebenen Verpackungsmaterials an- zusehen war. Die Bekanntmachung gibt einmal allen sich mit der Verpackung der Ware befas- sende Handelsstufen die Möglichkeit, die Verpackungs- mittel berechnen zu können, zum anderen schreibt sie aber vor, daß das nach einmaligem Gebrauch noch verwendungsfähige Verpackungsmaterial von den Abnehmern zurückgekauft werden muß. Analog würde eine Regelung für die Berechnung der Dauerpackstoffe getroffen.

Wenn auch die Reichseinheitsvorschriften für die Sortierung und Verpackung von Obst und Ge- müse bisher noch nicht als zwingendes Reichs- geseß vorgezeichnet wurden, so kann doch mit Ver- bündigung festgesetzt werden, daß — vor einigen Ausnahmen abgesehen — ihre Anwendung aller- orts erfolgt. Die hier und da noch bestehenden Widerstände gilt es besonders im kommenden Jahre aus dem Weg zu räumen und durch wei- tere Verbesserungen auch die emigen Märgler und Kritiker von der Richtigkeit der getroffenen Ver- stimmungen zu überzeugen.

Zu beziehen durch die Gärtnerei-Verlags- gesellschaft Dr. Walter Lang & Co., Berlin SW. 11, Anhalter Straße 7. Einzelpreis 0,25 M.